

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung des

Rates der Stadt Brakel
am 21.03.2002
in Brakel, Sitzungssaal der "Alte Waage"

Beginn: **18.05 Uhr**

Ende: **20.30 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz des **Bürgermeisters Friedhelm Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU	Allerkamp, Franz-Hermann Beyermann, Elisabeth Gerdes, Ferdinand Giefers, Raimund Grewe, Ursula Krömeke, Johannes Lange, Heinz Lohre, Helmut Muhr, Adolf Neu, Walburga Nolte, Frank Peter, Bernd Rode, Alexander Rose, Walter Röben, August Schonlau, Gustav Waldeyer, Peter Wulff, Michael	SPD	Aßmann, Peter Fricke, Magdalene Korte, Ekkehard Kruse, Johannes Löffelbein, Angelika Multhaupt, Hans-Jürgen Schrader, Helmut
		UWG/CWG	Gönnewicht, Erwin Rissing, Robert Rohde, Burkhard Rox, Franz Wintermeyer, Paul
		BÜNDNIS 90/Schulte, Meinolf DIE GRÜNEN	

Als Gäste nehmen teil:

Michael Kemkes (Gesellschaft für Projektierungs- u. Dienstleistungsmanagement mbH) zu TOP 1

Von der Verwaltung nehmen teil:

StOVR Hermann Temme
StAR Rudolf Schröder
StBA Johannes Groppe
StAI Andreas Gehle zu TOP 1
StHS Ulrike Nolte

Es fehlt das Ratsmitglied:

Ahrens, Stephan

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer, Gäste, Vertreter der Presse und stellt die **Beschlussfähigkeit** fest.

Da sich zu **Form und Frist** der Einladung keine Bedenken ergeben, wird die Tagesordnung durch **einstimmigen** Beschluss aufgrund der gegebenen Dringlichkeit, um TOP 13 b - „Antrag des Familienerholungswerks im Erzbistum Paderborn e. V. auf Erwerb der bislang zur Nutzung überlassenen Gebäude im Bereich der Liegenschaft Schloss Gehrden (Verkauf des ehem. Pferdestalls) erweitert.

Die Tagesordnung wird anschließend wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Umsetzung des Modellprojektes QUARZ in der Stadtverwaltung Brakel

Berichterstatter: Michael Kemkes (gpdm)

In einer kurzen Einleitung erläutert Bürgermeister **Spieker** die Projektziele der Stadt Brakel im Hinblick auf die Umstrukturierung des städt. Bauhofes und die Einrichtung eines Bürgerbüros.

Herr **Kemkes** gibt den Mitgliedern in der anschließenden Berichterstattung anhand von Präsentationsfolien einen Überblick über die Umsetzung des QUARZ-Projektes in der Stadtverwaltung Brakel. Er geht im Einzelnen auf die durchgeführten Workshops, Mitarbeiterqualifizierungen und die Schwerpunkte der Projektarbeit ein. Besonders ist das große Engagement der Projektgruppe bei der Einrichtung des hiesigen Bürgerbüros hervorzuheben. Im Hinblick auf das Zentralprojekt (Bau- und Betriebshof) hat die Stadt Brakel sehr stark dazu beigetragen, dass eine kostenrechnende Software eigens für diesen Bereich entwickelt wurde. Abschließend erläutert Herr **Kemkes** die Ergebnisse der Zusammenarbeit, wie beispielsweise Anpassung in der Ablauforganisation, Verbesserung der Ausstattung, Kostenrechnung, bedarfsgerechte Software, Produktkatalog pp. und bittet die Mitglieder des Rates um Stellungnahme, in wie weit sich ihre Erwartungen an das Projekt erfüllt haben.

Ratsherr **Lohre** geht auf die gelungene Einrichtung des Bürgerbüros ein, was die positiven Reaktionen aus der Bevölkerung in jedem Fall bestätigen. Zudem hat sich gezeigt, dass auch weitere Kommunen diesem Leitbild gefolgt sind. Bürgermeister **Spieker** stimmt dem zu und berichtet über die zahlreichen Besichtigungen des hiesigen Bürgerbüros durch die Nachbarstädte.

Ratsherr **Wintermeyer** hebt ebenfalls die erfolgreiche Umsetzung des Bürgerbüros hervor und stellt sich im Hinblick auf das Bauhofprojekt die Frage, ob anhand der Kostenrechnung ermittelt werden kann, dass die hier z.T. sehr kostenintensiven Fahrzeugbeschaffungen gerechtfertigt sind. Bürgermeister **Spieker** erklärt, dass die Fahrzeuge des Bauhofes für sämtliche Vorsatzgeräte nutzbar sein müssen und dieses entsprechend höhere Anschaffungskosten mit sich bringt. StOVR **Temme** fügt hinzu, dass die Kosten- und Leistungsrechnung des Bauhofes derzeit noch nicht Gegenstand des Haushaltsrechtes ist.

Ratsherr **Abmann** schließt sich im Hinblick auf das Bürgerbüro der Meinung der v.G. an und ist der Auffassung, dass die Bevölkerung durch das Bauhofprojekt nicht direkt betroffen ist und daher keine entsprechenden Reaktionen erwartet werden dürften. Die Umsetzung kommt aber in jedem Fall der Arbeit innerhalb der Verwaltung zu Gute. Bürgermeister **Spieker** berichtet, dass die Bevölkerung in der Form berührt wird, dass in einigen Bereichen ihre aktive Mithilfe gefordert wird, z.B. bei der Pflege von Beeten. Ratsherr **Korte** stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie viel Mithilfe den Bürgern abverlangt werden kann.

Bürgermeister **Spieker** berichtet über direkte Gespräche mit der Bevölkerung, die zeigen, dass in vielen Fällen die Bereitschaft besteht, Aufgaben für den Staat zu übernehmen, um im Rahmen der eigenen Möglichkeiten einen Beitrag zur allgemeinen Steuerentlastung zu erbringen.

Die Anfrage des Rats Herrn **Schulte** beantwortet Bürgermeister **Spieker** dahingehend, dass aufgrund der vollzogenen Ämterzusammenlegung und dem anschließenden Wegfall einer Amtsleiterstelle Einsparungen vollzogen werden konnten. Er berichtet abschließend über die engagierte Arbeit der einzelnen Projektgruppen, die auch über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus großen Einsatz zeigten und bedankt sich daher bei den beteiligten Mitarbeitern für die gelungene Umsetzung des QUARZ-Projektes.

Da weiterer Diskussionsbedarf nicht besteht, schließt Bürgermeister **Spieker** die Beratung mit einem Dank an Herrn Kemkes für die detaillierte Präsentation.

2. Bericht aus dem NPH-Beirat

Berichterstatter: Rats Herr Krömeke

Rats Herr **Krömeke** geht in seiner Berichterstattung auf einige Haushaltseckdaten des Nahverkehrsverbundes ein und erläutert ihre Zweckbindung. Im Hinblick auf den Nahverkehrsentwicklungsplan teilt er mit, dass im November dieses Jahres eine Fortschreibung erfolgen wird.

Rats Herr **Krömeke** stellt anschließend das Landesförderprogramm „Moderne Bahnhöfe“ vor, welches Modernisierungsmaßnahmen wie z.B. neue Beschilderungen, Beleuchtungen, Infovitrienen pp. beinhaltet, der Standort Brakel wurde im Rahmen der „Eggebahn“ entsprechend gemeldet. Er bietet den Mitgliedern an, im Anschluss an die heutige Sitzung, einen Einblick in den vorliegenden Verbundbericht des NPH (1995-2000) zu nehmen.

Aufgrund des umfangreichen Informationsbestandes, regt Rats Herr **Krömeke** abschließend an, dem Rat künftig halbjährlich (im Anschluss an die Sitzungen des NPH-Beirates), einen entsprechenden Bericht vorzutragen.

Rats Herr **Schulte** befürwortet den nunmehr wieder kostenfreien Fahrradtransport durch die Busse mit Fahrradanhänger. Er stellt sich die Frage, in wie weit der Beirat die Problematik der renovierungsbedürftigen Bahnstrecke in Richtung Bodenwerder aufgreifen könnte. Rats Herr **Krömeke** wird diese Angelegenheit dem Beirat vortragen.

Die Anfragen des Rats Herrn **Schrader** beantwortet er dahingehend, dass durch den privaten Anbieter Connex die Beschaffung von 20 neuen Zügen geplant ist und im Hinblick auf die Fahrgastzahlen derzeit eine Erhebung durchgeführt wird.

Rats Herr **Schrader** kritisiert, dass aufgrund defekter Entwertungsautomaten oftmals keine Möglichkeit besteht, die Fahrscheine abzustempeln und anschließend eine unfreundliche Behandlung durch das Zugpersonal hinzunehmen ist. Rats Herr **Krömeke** verweist in diesem Zusammenhang auf das v.g. Programm „Moderne Bahnhöfe“, durch welches diese Problematik aufgegriffen wird.

Auf Anfrage des Rats Herrn **Kruse** teilt Rats Herr **Krömeke** mit, dass sich durch den künftigen Einsatz des ICE weder Taktverkehr noch Haltepunkte ändern werden. Abschließend bedankt sich Rats Herr **Krömeke** bei den Mitgliedern des Rates für die Aufmerksamkeit.

3. Besetzung eines stellvertretenden Ausschusssitzes im Bezirksausschuss Beller

Drucksache-Nr.: 226

Berichterstatter: Bürgermeister

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** „Der bislang freie Ausschusssitz eines Verhinderungsververtreters im Bezirksausschuss Beller wird entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion durch Herrn Alfons Löneke ersetzt“.

4. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufhebung und den Beginn der Sperrzeit an bestimmten Tagen für Schank- und Speisewirtschaften, öffentliche Vergnügungsstätten sowie für Jahrmärkte im Gebiet der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 227

Berichterstatter: StAR Schröder

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, den Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufhebung und den Beginn der Sperrzeit an bestimmten Tagen für Schank- und Speisewirtschaften, öffentliche Vergnügungsstätten sowie für Jahrmärkte im Gebiet der Stadt Brakel. Die Ordnungsbehördliche Verordnung wird **Anlage zur Niederschrift**.

5. Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 228

Berichterstatter: StAR Schröder

StAR **Schröder** weist in der Sachverhaltsdarstellung auf die herausragenden Tätigkeiten des Löschzugführers und des Jugendwartes hin, die eine Anhebung der Aufwandsentschädigungen in jedem Fall rechtfertigen.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, die monatliche Dienstaufwandsentschädigung für Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Brakel mit Rückwirkung zum 01.01.2002 wie folgt festzusetzen:

Stadtbrandmeister	179,00 €
<i>davon 26,00 € als Ausbildungsvergütung</i>	
stellv. Stadtbrandmeister je	59,00 €

Löschzugführer Brakel	74,00 €
stellv. Löschzugführer je	27,00 €
Löschgruppenführer je	27,00 €
Jugendwart	40,00 €
Atemschutzgerätewarte je	30,00 €
Gerätewarte Löschzug je	27,00 €
Gerätewarte Löschgruppen je	13,50 €

6. Volkshochschul-Zweckverband

Änderung der Verbandssatzung

Drucksache Nr.: 229

Berichterstatter: StOVR Temme

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, der „4. Satzung zur Änderung der Satzung des Volkshochschul-Zweckverbandes Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim vom 11.07.1975“ –zuzustimmen. Der Protokollauszug wird **Anlage zur Niederschrift**.

7. Aufhebung der Förderrichtlinie Niedrigenergiehaus-Förderung in der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 230

Berichterstatter: StBA Groppe

Im Anschluss an die Berichterstattung durch StBA **Groppe** stellt Ratsherr **Schulte** seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den **Antrag**, aus dem Haushaltsrest der Niedrigenergiehaus-Förderung einen Zuschuss für die Installation einer Solaranlage und für die Anschaffung einer Holzheizung i.H.v je 50,00 € zu gewähren.

Er befürwortet diese Förderung sowohl aus ökologischen, wirtschaftlichen als auch sozialen Gründen. Ein erhöhter Verwaltungsaufwand kann seiner Meinung nach umgangen werden, sofern die Auszahlung der Fördermittel lediglich aufgrund der Vorlage einer entsprechenden Rechnung erfolgt.

Ratsherr **Lohre** ist der Auffassung, dass die Installation einer Solaranlage sehr kostenintensiv ist und daher die Förderung i.H.v. 50 € nicht den gewünschten Anreiz bieten wird.

Beschluss:

Der Rat lehnt den o.g. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließend mit 23 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich** ab.

Beschluss:

Der Rat beschließt anschließend **einstimmig**, die Förderrichtlinie für die Niedrigenergiehaus-Förderung in der Stadt Brakel mit Wirkung zum 01. Februar 2002 aufzuheben, da die staatliche Energiesparverordnung zum 01. Februar 2002 in Kraft tritt und dadurch das Niedrigenergiehaus zum Standard bei zukünftigen Neubauten wird.

8. Bekanntgabe des Ergebnisses der Jahresrechnung der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2001

Drucksache Nr.: 231
Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieler** erläutert in seiner Berichterstattung einige Eckdaten zum Ergebnis der Jahresrechnung 2001. Dem Vermögenshaushalt konnten Mittel i.H.v. insgesamt 3.268.165,67 DM zugeführt werden.

Hervorgerufen durch ein erhöhtes Gewerbesteueraufkommen, vermehrte Schlüsselzuweisungen und Zinseinnahmen sowie Minderausgaben im Bereich der Finanzbeteiligung an den Sozialhilfekosten und der Kreisumlage konnte nach Abzug der Mindereinnahmen und der Mehrausgaben eine Verbesserung von rd. 2,1 Mio. DM erzielt werden.

Beschluss:

Der Rat nimmt anschließend **einvernehmlich** von dem nachstehenden Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis und überweist die Jahresrechnung 2001 an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung.

Die Jahresrechnung 2001 schließt wie folgt ab:

Einnahmen/Ausgaben	Verwaltungs- haushalt DM	Vermögens- haushalt DM
1	2	3
Soll-Einnahmen	45.166.787,10	11.121.170,88
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	977.915,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	22.085,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	18.338,00	55.200,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	45.148.449,10	12.021.800,88
Soll-Ausgaben	44.564.927,79	10.046.113,30
+ Neue Haushaltsausgabereste	583.521,31	2.571.880,32
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	596.192,74
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	45.148.449,10	12.021.800,88
Fehlbetrag	0,00	0,00
nachrichtlich:		
In Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt enthaltener Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	360.956,86 DM	
Höhe der Zuführung zum Vermögens- haushalt	3.383.294,73 DM	
Höhe der Mindestzuführung	1.158.958,09 DM	

9. Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Ausgaben, die sich in der Zeit vom 01.10. – 31.12.2001 ergeben haben

Drucksache Nr.: 232

Berichterstatter: Bürgermeister

Kenntnisnahme:

Gem. § 82 der Gemeindeordnung NRW nimmt der Rat der Stadt Brakel von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben wie folgt Kenntnis:

im Verwaltungshaushalt in Höhe von	129.042,69 DM
im Vermögenshaushalt in Höhe von	81.169,64 DM

10. Bekanntgaben der Verwaltung

Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** berichtet, dass das Gemeindeprüfungsamt in der Zeit vom 20.11.2001 bis 10.01.2002 das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Haushaltsjahre 1998 – 2000 bei der Stadt Brakel überörtlich geprüft hat. In der Schlussbesprechung am 24.01.2002 wurden die wesentlichen Prüfungsergebnisse erläutert. Dem Prüfungsbericht vom 25.02.2002, der auch dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis vorlegt wurde, ist zu entnehmen, dass bis auf geringfügige Beanstandungen, keine Verstöße der Verwaltung gegen geltendes Recht festgestellt wurden und daher nachträgliche Beschlüsse des Haupt- u. Finanzausschusses oder des Rates nicht erforderlich sind.

Zusätzliche Finanzbelastung durch das Land NRW

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass das Land NRW durch die Erhebung einer sog. Krankenhausumlage die Kommunen zusätzlich belasten wird. Der ursprünglich vorgesehene Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 ist gestrichen worden, doch die Beteiligung der Kommunen an den Investitionskosten im Krankenhausbereich hat Bestand. Die Umlage wird im Wege eines einwohnerbezogenen Kostenanteiles realisiert und bedeutet für die Stadt Brakel eine Mehrbelastung i.H.v. rd. 80.500 €. Da die Haushaltspläne für das Jahr 2002 bereits verabschiedet sind, werden die Kommunen durch diese Entscheidung völlig unerwartet belastet.

Kürzung der Landeszuweisungen im Jahr 2003

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** gibt bekannt, dass aufgrund der Abrechnung zwischen dem Land NRW und den Kommunen im Jahr 2001 im kommenden Jahr mit den Zuweisungen an die Gemeinden ein Erstattungsanspruch des Landes i.H.v. 665 Mio. € verrechnet werden muss.

11. Anfragen der Ratsmitglieder

Polizeieinsatz im Bereich des Maternus-Altenheimes

Ratsherr **Schulte** fragt an, ob der Verwaltung Hintergründe über den massiven Polizeieinsatz im Eingangsbereich des Maternus-Altenheimes bekannt sind.

StAR **Schröder** berichtet, dass sich witterungsbedingt nun vermehrt Jugendliche im Eingangsbereich des Altenheimes treffen und durch die mitgeführten Fahrzeuge die Einfahrt entsprechend versperrt wird. Von dem Einsatz der Polizei hatte er bislang keine Kenntnis, doch da er an diesem Tag selbst dreimal aufgrund von Lärmbelästigungen vor Ort war, geht er davon aus, dass vermehrte Beschwerden der Anwohner und des Altenheimes zu diesem Eingriff geführt haben.

Pressemitteilung Heimat- u. Kulturverein Marienmünster

Ratsherr **Wintermeyer** stellt sich die Frage, ob die Verwaltung damit einverstanden ist, dass der Leiter des städt. Fremdenverkehrs- und Kulturamtes aufgrund eines Presseberichtes für den Heimat- und Kulturverein Marienmünster wirbt. Bürgermeister **Spieker** teilt mit, dass der v.G. seinen Wohnsitz in Marienmünster-Vörden hat und ehrenamtlich für den Verein tätig ist.

Terminliche Gewährleistung des Fischmarktes

Ratsherr **Korte** fragt an, ob die Durchführung des Fischmarktes zukünftig gewährleistet werden kann und weist in diesem Zusammenhang auf die entsprechend resultierenden Ausfälle der Brakeler Geschäftsleute hin. StOVR **Temme** teilt mit, dass die mit der Durchführung des Marktes beauftragte Agentur kurz vor dem Termin abgesprungen ist und auch nach intensivsten Bemühungen kein Ersatzveranstalter gefunden werden konnte.

Sobald aus den vorliegenden Bewerbungen für das kommende Jahr eine Auswahl getroffen worden ist, wird mit der entsprechenden Agentur ein schriftlicher Vertrag zur Gewährleistung des Marktes geschlossen.

Übernachtungszahlen im Kulturmusterdorf „Bellersen“

Ratsherr **Korte** bittet die Verwaltung um Benennung der Gästezahlen (Übernachtungen pp.) im Kulturmusterdorf Bellersen. Bürgermeister **Spieker** berichtet, dass in Bellersen bis zu 16.000 Übernachtungen jährlich gezählt werden können, was in jedem Fall auch auf die starke Frequentierung des Wohnmobilhafens zurückzuführen ist. Obwohl die Zahlen enorm angestiegen sind, sollte weiterhin an dem Tourismus vor Ort gearbeitet werden.

Fußgängerüberweg im Bereich des Kindergartens „Zur Krüne“

Bürgermeister **Spieker** beantwortet die Anfrage des Rats Herrn **Aßmann** unter Bezugnahme auf die Einwohnerversammlung vom 20.03.2002 dahingehend, dass aufgrund einer neuen Richtlinie die Gangfrequenzen für Fußgängerüberwege gesenkt werden. Eine Realisierung des Fußgängerüberweges im Bereich des Kindergartens „Zur Krüne“ wird daher weiterhin verfolgt, wobei die genaue Lage noch nicht konkretisiert werden kann.

Radweg „Nieheimer Straße“

Auf Anfrage des Rats Herrn **Schrader** teilt StBA **Groppe** mit, dass der Radweg „Nieheimer Straße“ nicht unter die Benutzerpflicht fällt, da aufgrund der Sicherheitsstreifen (25 cm) an jeder Seite eine Breite von 1,50 m erreicht wird. Rats Herr **Schrader** kritisiert, dass die Auffahrt des Radweges aus Richtung Pahlenwinkel aufgrund eines dort standhaften Baumes sehr erschwert wird. StBA **Groppe** sagt eine Ortsbesichtigung unter Beteiligung des Planers zu.

„Geschenkidee Bäder“

Rats Herr **Schulte** befürwortet die den Mitgliedern vorgelegte Werbeaktion „Geschenkidee Bäder“ und verweist in diesem Zusammenhang auf die entsprechende Empfehlung seiner Fraktion, die Besucherzahlen der Bäder durch Werbemaßnahmen zu erhöhen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Spieker die Sitzung.

Spieker
Bürgermeister

Nolte
Schriftführerin